

# Haushaltsrede 2012 (Michael Gerr)

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, Bezirkstagspräsident, Kolleginnen und Kollegen,

der diesjährige Haushalt steht finanzpolitisch unter dem Vorzeichen von Veränderungen, die sich seit Jahren abzeichnen, also nicht neu sind, die sich nun aber nicht länger leugnen und schon gar nicht mehr verschieben lassen.

Das Statistische Bundesamt stellt im aktuellen Jahresbericht fest, dass sich die Eingliederungshilfe bundesweit seit der Deutschen Einheit mehr als verdreifacht hat. Die Empfängerzahlen haben sich bis 2009 um 124 Prozent gesteigert auf 725.000 Personen. Wir wissen längst, dass allein der demographische Wandel zu weiteren Mehrbedarfen führt. Dass das Land Bayern zu den Mehrbedarfen bei den Sozialleistungen in Höhe von 200 Millionen Euro in den sieben bayerischen Bezirken im Jahr 2012 nur 40 Millionen mittragen will, trotz sprudelnder Steuereinnahmen und damit faktisch den größten Teil auf die Kommunen abwälzt, stößt auch bei uns Grünen (ähnlich wie bei SPD und FW) auf absolutes Unverständnis. Wieder werden die Bezirke im Regen stehen gelassen. Wieder haben alle Apelle und Resolutionen in München nichts genutzt und wieder dürfen die Bezirke die unsolidarische Haltung der Staatsregierung ohnmächtig konstatieren und ausbaden. Doch dieses Jahr sind zu unserer Überraschung keine Haushaltstricks mehr geplant und der Sozialhaushalt wird kein weiteres Jahr sehendes Auges mit Millionen – Defizit wie in den vergangenen Jahren unterfinanziert. Offensichtlich hat man in den vergangenen Jahren den Haushalt derart überstrapaziert, dass sich der Kämmerer genötigt sieht, jetzt doch kräftig an der Umlageschraube zu drehen.

Anrede

Der Haushalt ist aber nicht nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten zu bewerten. Vielmehr noch ist zu fragen: Versteht der Bezirk Unterfanken die sozialpolitischen Zeichen der Zeit und wie reagiert er im Rahmen seiner Möglichkeiten? Konkret, erkennt der Bezirk Unterfranken die UN-Behindertenrechtskonvention nicht nur formal an, sondern lassen sich am Haushalt erste Anzeichen für eine Umsetzung dieser neuen Menschenrechtskonvention erkennen?

Es gibt solche Anzeichen, nicht viele, aber es gibt sie:

Für 2012 wird von einer Steigerung 177 (aus 2011) auf 300 Schulbegleiter ausgegangen. So viel ist das allerdings gar nicht im Sinne von Inklusion, wenn man weiß, dass mehr als die Hälfte davon in Sonderschulen eingesetzt werden. Steigerungen in Kinderkrippen und Kindergärten nehmen wir positiv zur Kenntnis, doch sind wir auch hier noch nicht am Ende der Fahnenstange. Ein positives Zeichen ist es auch, dass auf unseren Grünen Antrag auf Beteiligung von behinderten Menschen durch Einrichtung eines Behindertenbeirats nun zumindest eine Beteiligung in der Arbeitsgruppe Behindertenarbeit erfolgen soll, immerhin ein Einstieg.

Es gibt aber auch Trends, die genau gegenläufig zum Teilhabe und Inklusionsgedanken der BRK stehen: Es gibt zwar Zuwächse im ambulanten Bereich, das ist positiv, aber proportional steigen die Ausgaben weiterhin im stationären Bereich deutlich mehr. Es wird nicht nur immer noch deutlich mehr Geld im stationären Bereich verwendet, auch die Zuwächse sind im Ergebnis immer noch stärker. Leicht abzulesen ist dies am Vermögenshaushalt mit Sanierungen, Erweiterungen und Neubauten von Einrichtungen. Im Verwaltungshaushalt sieht man beispielsweise bei der vollstationären Hilfe zur Pflege die von 51,9 Millionen Euro im Jahr 2011 auf etwa 57,2 Millionen Euro 2012 steigt, einen Zuwachs von über 5,2 Millionen Euro. Die Werkstätten wachsen ungehindert weiter, die Ausgaben steigen von 80,3 Millionen Euro auf rund 85,6 Millionen Euro in 2012, also auch hier eine Steigerung um 5,2 Millionen Euro. Die Separation am Arbeitsmarkt verstärkt sich also weiter. Teilhabe am allgemeinen Arbeitsleben für behinderte Menschen bleibt

unbedeutend. Die sogenannten Leistungen am Leben in der Gemeinschaft steigen vom Ansatz 2011 mit 38 Millionen Euro (der Ansatz war wohl zu niedrig?) auf 47,4 Millionen Euro. Hierin verstecken sich neben den ambulanten Leitungen aber auch eine Reihe von stationären Leistungen, also nicht solche zum Leben in der Gemeinschaft, sondern neben der Gemeinschaft.

Zusammenfassend kann man sagen, dort wo behinderte Menschen versuchen ihre Rechte wahrzunehmen und einzufordern, ist der Bezirk gezwungen zu reagieren. Dass die Bezirksverwaltung selbst sich etwa für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen einsetzt, wird man aber schwerlich behaupten können. Dafür steht etwa auch die Haushaltsstelle 730 100, Leistungen für ein trägerübergreifendes persönliches Budget, die bei Null steht. Es gibt schlicht keines in Unterfranken.

Die Verwaltung ist das eine, die Politik das andere, denn die Politik müsste schließlich antreiben. Da steht zunächst die größte Fraktion im Fokus. Herr Fraktionsvorsitzender der CSU-Fraktion, Herr Dr. Motsch:

Sie zeigen null Einsatz für die tatsächliche Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Unterfranken. Anerkannt haben Sie sie rein formal, doch noch nicht einmal eine Informationsveranstaltung zu diesem Werk will Ihr Präsident.

Null Einsatz für Teilhabe, Herr Dr. Motsch. Wie sollen wir denn die Teilhabe am Arbeitsleben voranbringen, wenn Sie immer noch glauben, dass immer mehr Menschen separiert gut aufgehoben sind?

Null Einsatz für Inklusion. Den Zuwachs bei den Einrichtungen, den nehmen Sie nicht nur hin, den befördern Sie noch. In Unterfranken werden mit Ihrer Unterstützung immer noch neue Einrichtungen gebaut, während es auch in anderen bayerischen Bezirken, z.B. in Mittelfranken, längst ein Heimbaumatorium gibt, also keine Gelder mehr für den Neubau von Heimen bereit gestellt werden.

Null Einsatz, Herr Dr. Motsch, für Selbstbestimmung. Denn wenn Sie wüssten, was es braucht, um chancengleich mit anderen ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, dann würden Sie nicht länger entmündigende Einrichtungen unterstützen, sondern Sie würden sich zumindest einmal Gedanken darüber machen wie eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Unterfranken überhaupt anzugehen ist, etwa mit den Konzepten der Persönlichen Assistenz und gemeindenahen, also inklusiven, Unterstützungsformen. Kein Nachdenken über Alternativen. Es bleibt nichts als eine große Null.

Und Null Einsatz für Menschenrechte. Im Gegenteil beschimpfen Sie behinderte Menschen geradezu, die es wagen ihre Rechte einzufordern, indem Sie nämlich schriftlich in einem CSU-Antrag vom letzten November, von einer „,excessive(n)“ Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten“ schreiben, (...) „geprägt und geleitet nicht zuletzt auch durch die UN Behindertenrechtskonvention“ wie es da heißt (CSU-Antrag für einen geordneten Ausbau des Betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderung) Ich fordere Sie auf, nehmen Sie, Herr Dr. Motsch und die CSU-Fraktion diese die Menschen und deren Rechte beleidigende Aussage zurück! Hören Sie auf mit einer Politik des übertriebenen Kontrollierens und Gängelns und erkennen Sie endlich die Menschenrechte wie sie auch von Deutschland ratifiziert wurden, an.

Die CSU verharrt im Fürsorgedenken, das von Unmündigkeit und Fremdbestimmung gekennzeichnet ist. Sie hat keine aktuelle Idee mehr vom Sozialen - was hält unsere Gesellschaft zusammen - und die CSU hier denkt gar nicht daran sich von einer neuen Menschenrechtskonvention inspirieren zu lassen. Haushalt nach Kassenlage werden wir der CSU

nicht durchgehen lassen. Die CSU erscheint geradezu als der größte Lobbyist von Einrichtungsträgern. Nach wie vor befördern Sie beharrlich das Wachstum im stationären, das immer noch größer ist als im ambulanten Bereich anstatt sich ernsthaft zu überlegen, das wäre mal ein Anfang, wie eine inklusive Gesellschaft zu erreichen ist, in der alle anerkannt werden und niemand zurückgelassen wird.

Auch von der SPD und den FW würden sich die Grünen nicht nur finanzpolitische Kritik an der CSU wünschen, sondern auch eine klarere sozialpolitische Ausrichtung. Ihr unterfränkischer Landtagsabgeordneter der FW, Günter Felbinger, macht Inklusion ja durchaus zum Thema. Setzen Sie sich von FW und SPD auch auf Bezirksebene für eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und einen entsprechenden Politikwechsel ein.

Anrede

Wir Grüne stehen für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Gesetzlich anerkannte Sozial-Leistungen müssen sich am tatsächlichen Bedarf der betroffenen Menschen orientieren und sauber finanziert sein. Deshalb tragen wir die nunmehr nötige Hebesatzsteigerung von 4 Punkten mit, so wie wir bereits im letzten Haushalt eine realistische Hebesatzsteigerung forderten. Wir vermissen aber die notwendige Anpassung der FAG-Mittel und dass diese mit allem Nachdruck von der Staatsregierung eingefordert wird. Zudem fehlt dem Haushalt jegliche politische Ambition zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Zusammen führt dies zu unserer Ablehnung.

*Es gilt das gesprochene Wort*